



## 10 Fakten zur EZB-Politik: Die EZB-Politik ...

1. ... verfehlt ihre Ziele mit fatalen Folgen
2. ... stellt das Wirtschaftssystem auf den Kopf
3. ... übersteigt ihre Kompetenzen
4. ... führt in die Altersarmut
5. ... bestraft die Sparer und schmilzt Vermögen
6. ... geht zu Lasten der Einkommensschwächeren
7. ... steigert die Immobilienpreise und Mieten
8. ... schwächt den Bankensektor, statt ihn zu stärken
9. ... erschwert den Zugang zu Wohneigentum
10. ... muss gestoppt werden!

### Die EZB-Politik ...

#### ... verfehlt ihre Ziele mit fatalen Folgen

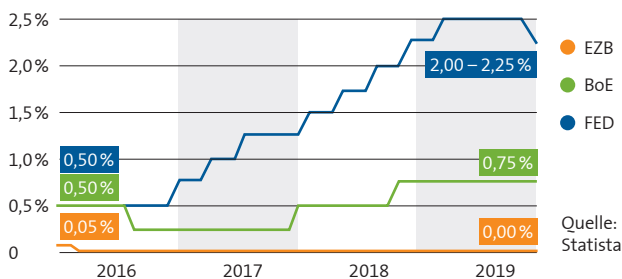
Ziele der Europäischen Zentralbank sind, die Preise stabil zu halten und die Wirtschaft im Euro-Raum anzukurbeln. Als Ziel-Marke gilt hier mittelfristig eine Inflationsrate von nahe unter 2%.

Erreichen möchte sie diese Ziele durch Instrumente wie langfristig niedrige Zinsen und der flächendeckende Ankauf aller möglichen Wertpapiere wie auch Staatsanleihen.

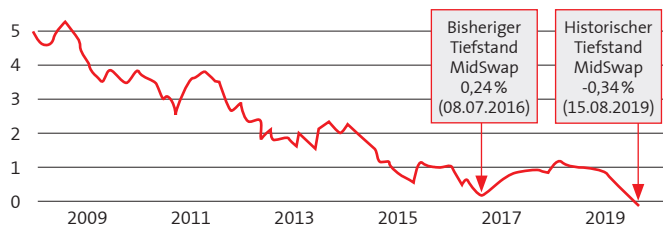
De facto hat die EZB die Leitzinsen und damit den Zins abgeschafft. Dadurch sollen Kredite verbilligt, die Kaufkraft erhöht und die Wirtschaft gesteigert werden.

#### FED senkt Zins erstmals seit 2008

Entwicklungen der Zinssätze von EZB, FED und BoE



#### Entwicklung des Zinsniveaus (MidSwap 10 Jahre in %)



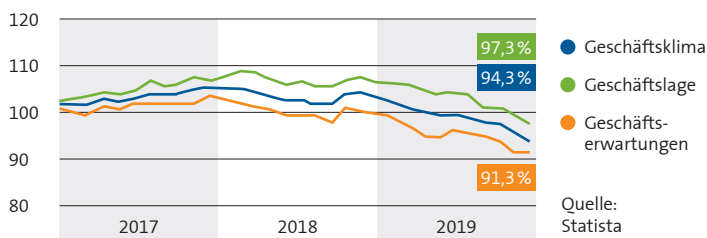
Doch die Inflation in der Euro-Zone entfernt sich immer mehr von ihrem Ziel: Im August fiel diese mit 1% auf den tiefsten Stand seit mehr als zweieinhalb Jahren.

Auch konnte die Wirtschaft nicht angekurbelt werden. Kurzfristig haben sich zwar Kredite für Wirtschaft und private Investoren verbilligt, das dauerhafte Anziehen der Wirtschaft blieb jedoch aus – die Konjunktur geht wieder zurück.

Kriselnde Staaten sitzen immer noch auf riesigen Schuldenbergen. Die EZB hat diesen hoch verschuldeten Staaten immense Summen Geld geliehen. Doch das überzogene Eingreifen hat wenig genützt.

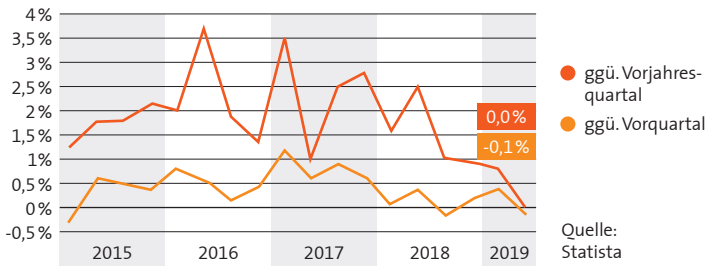
#### Geschäftsklimaindex fällt auch im August

Entwicklung des Geschäftsklimaindex und seiner beiden Komponenten (2015 = 100)



#### Wirtschaft schrumpft im 2. Quartal

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland



#### ... stellt das Wirtschaftssystem auf den Kopf

Schulden zu machen, kostet nichts. Sparen wird bestraft. Banken zahlen Strafzinsen, wenn sie Geld bei der EZB anlegen. Deutsche Staatsanleihen erlangen negative Zinsen.

#### Entwicklung der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen Deutschlands



### ... übersteigt ihre Kompetenzen

Die Zuständigkeiten der EZB ergeben sich aus den Verträgen der 19 Euro-Staaten: Danach ist sie für Geldpolitik zuständig, nicht jedoch für Wirtschaftspolitik und Staatsfinanzierung!

### ... führt in die Altersarmut

Durch das billige Geld leben die Menschen im Hier und Jetzt. Kurzfristiger Konsum entsteht, langfristige Vorsorge für die Zukunft und für das Alter bleibt jedoch aus. So fehlt den Meisten z.B. wichtiges Eigenkapital für die eigene Immobilie. Rentenversicherungen und Pensionskassen verlieren täglich an Leistungsfähigkeit. Damit ist die Altersvorsorge von Millionen Menschen gefährdet.

Nach einer Umfrage des Meinungsinstitutes Yougov sieht die Mehrheit der Deutschen (53%) durch die Niedrigzinspolitik ihre eigene Altersvorsorge in Gefahr.

### ... bestraft die Sparer und schmilzt Vermögen

Mit Zinssätzen unterhalb der Inflationsrate verlieren die angesparten Euros auf den Konten der Bürgerinnen und Bürger allein durch die Inflation jeden Monat an Wert. Die Menschen verlieren daher zunehmend die „Lust am Sparen“. Die Diskussion über die Weitergabe von Negativzinsen ist heuchlerisch, denn ein Negativzins würde nur sichtbar machen, was real bereits seit Jahren passiert.

### ... geht zu Lasten der Einkommensschwächeren

Auftrag der Politik ist es, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen zu fördern. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Staat streicht Zinsvorteile in Höhe von rund 360 Milliarden Euro ein, die privaten Sparer haben bereits 300 Milliarden Euro verloren. Hier sollte die Politik Anreize setzen, um die Sparmotivation zu fördern, statt zu bestrafen.

### ... steigert die Immobilienpreise und Mieten

Wer kann, flüchtet mit seinem Geld in Immobilien. Dies führt bereits in einzelnen Regionen zu erhöhten Preisentwicklungen am Wohnungsmarkt und zu weiter ansteigenden Mieten.

### ... schwächt den Bankensektor, statt ihn zu stärken

Das dreigliedrige Bankensystem in Deutschland bestehend aus den öffentlich-rechtlichen Sparkassen, den genossenschaftlichen Volksbanken sowie den privaten (Geschäfts-)Banken hat sich bewährt: Es dient nicht nur der flächendeckenden Versorgung des Mittelstandes in den Regionen, es ist auch krisenfest. In der Finanzkrise zeigte sich dieses System robuster als die Großbankenlandschaft in den USA.

Nach Einschätzung des Bundesverbandes der deutschen Banken müssen die deutschen Geldhäuser mit dem aktuellen Straßzins, den die EZB für das Parken von Geldanlagen verlangt, bereits rund 2,4 Milliarden Euro zahlen. Der Verband verweist darauf, dass viele Banken die zusätzliche Belastung bald an die Privatkunden weitergeben müssen.

Doch eins ist klar: Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen stehen auf der Seite ihrer Kunden. Viele Jahre haben sie die Verbraucher vor den Belastungen dieser Zinspolitik geschützt. Keine Bank wird leichtfertig Negativzinsen einführen und damit bestehendes Kundenvertrauen gefährden wollen.

### ... erschwert den Zugang zu Wohneigentum

Bausparen unterstützt den Erwerb von Wohneigentum, denn Bausparer sorgen zielgerichtet für den Traum vom Eigenheim vor. Insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen punktet das Bausparen. Denn Bausparer sichern sich diese niedrigen Zinsen auf lange Sicht – bis zu 30 Jahre. Doch auch für Bausparkassen gelten die gleichen negativen Effekte wie z.B. die mangelnde Sparmotivation ihrer Kunden. Durch die Niedrigzinsphase wird es immer schwieriger, das erforderliche Eigenkapital für die eigenen vier Wände anzusparen.

### ... muss gestoppt werden!

Die Politik der EZB hat in den vergangenen Jahren bereits nicht zur Krisenfestigkeit der Wirtschaft beigetragen. Negative Effekte wie das Schmelzen von Erspartem und der Altersvorsorge sind gravierend und müssen gestoppt werden. Eine weitere Intensivierung der EZB-Politik verschlechtert die Situation dramatisch.

Auf lange Sicht können die Zinsen nicht so niedrig bleiben und die EZB den Markt nicht mit Geld vollpumpen. Mit dieser Politik muss nun endlich Schluss sein!

### Die LBS in Nordrhein-Westfalen und Bremen

Die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse ist das Spezialinstitut für die Bau- und Immobilienfinanzierung in der Sparkassen-Finanzgruppe. Mit einem Anteil von knapp 40% ist sie in ihrem Geschäftsgebiet Nordrhein-Westfalen und Bremen Marktführer. Durch ihr flächendeckendes Filialnetz mit ihren 1,9 Mio. Kunden kennt die LBS die Wünsche und Belange der Menschen zum Thema Bauen, Wohnen und Finanzieren.

### Bausparen schützt vor Zinsänderung und sichert Immobilienfinanzierungen

Durch Einbindung des Bausparens in eine Finanzierung lässt sich Planungs- und Zinssicherheit bis zu 30 Jahre darstellen.

Wer ein Bausparkonto eröffnet, dem garantiert die Bausparkasse den aktuell gültigen Kreditzinssatz, selbst wenn er erst in einigen Jahren finanziert. Diese Sicherheit bietet kein anderes Finanzierungsprodukt. Weiterer Vorteil für Bausparer: Da sie in der Regel zunächst vorsparen, bilden sie frühzeitig Eigenkapital. Genau daran mangelt es in der aktuellen Immobilienmarktlage vielen Familien.

### Ihre Ansprechpartner

- **Jörg Münnig**, Vorstandsvorsitzender der LBS West  
joerg.muennig@lbswest.de · Tel. 0251/412-5001
- **Birte Renner**, Politische Kommunikation  
birte.renner@lbswest.de · Tel. 0251/412-5117